



Kongress der dbb akademie

Neue Verwaltung
- Erfolg durch Vernetzung -
die dritte Generation eGovernment und
die EU-Dienstleistungsrichtlinie

13. und 14. Juni 2007
Congress Center Leipzig

Eröffnung und Begrüßung

Peter Heesen
Bundesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: 13. Juni 2007, 09.45 Uhr

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist mir eine große Freude, Sie heute zu unserem Kongress „Neue Verwaltung“ begrüßen zu dürfen, der sich in diesem Jahr mit dem Thema „Erfolg durch Vernetzung – die dritte Generation eGovernment und die EU-Dienstleistungsrichtlinie“ auseinandersetzt.

Mittlerweile hat unser Kongress Tradition: Bereits zum achten Mal in Folge haben wir uns für Leipzig als Veranstaltungsort entschieden, um Ihnen neueste Tendenzen im eGovernment zu präsentieren.

Ganz herzlich danken möchte ich **Roland Koch**, dem **Ministerpräsidenten von Hessen**, dass er die Schirmherrschaft für unseren Kongress übernommen hat und somit den Wert der Veranstaltung auf der Suche nach einer zukunftssträchtigen modernen Verwaltung unterstreicht.

Hessen, das beim letztjährigen eGovernment-Wettbewerb mit dem ersten Platz in der Kategorie „Effizienteste Organisationsveränderung“ ausgezeichnet wurde, ist zugleich Partnerland des Kongresses. Seit dem Vorjahr haben wir ein Partnerland in den Kongress integriert, um Ihnen ein im Bereich eGovernment besonders aktives und engagiertes Bundesland zu präsentieren.

Ich freue mich daher sehr, Herrn **Volker Bouffier**, den **Innenminister des Landes Hessen** willkommen zu heißen. Mit seinem Vortrag „Verwaltungsmodernisierung und eGovernment in Hessen“ wird er unseren Kongress fachlich eröffnen.

Als weiteren Vertreter des Landes Hessen darf ich Herrn **Staatssekretär Harald Lemke**, **CIO** (Chief Information Officer) **des Landes Hessen**, unter dessen Führung die umfassende IT-Strategie der hessischen Landesregierung umgesetzt worden ist, begrüßen, der an der Kick-Off Diskussion zum Thema „eGovernment vernetzen – Ist Deutschland online?“ teilnehmen wird. Wir freuen uns, dass Hessen sein großes Engagement in Sachen eGovernment durch zwei hochrangige Vertreter unterstreicht.

Ein zweiter wichtiger Impulsgeber für den Kongress ist unser Forschungspartner – die Fraunhofer Gesellschaft, mit der wir bei der fachlichen Gestaltung des Kongresses zusammen arbeiten. Unter maßgeblicher inhaltlicher Mitwirkung des Fraunhofer eGovernment Zentrums bringen sich wie auch im letzten Jahr zahlreiche Institute der Fraunhofer Gesellschaft

in den Kongress ein. In Vorträgen und auf der Fachmesse stellen die Institute anwendungsorientierte Forschungsthemen und Praxis-Lösungen vor.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Erfahrungsaustausch und Kooperation sind das Gebot der Stunde. Mit unserem Schulterschluss werben wir für eine gemeinsame Verantwortung für die Verwaltungsmodernisierung in Deutschland und Europa.

Das Haus Microsoft ist seit unserem Kongress-Auftakt im Jahre 2000 einer unserer großen, engagierten und verlässlichen Partner. Mein herzlicher Dank gilt neben Microsoft gleichermaßen dem zweiten „starken Kongresspartner“, nämlich der DBV-winterthur, ohne die die Ausrichtung einer solchen Veranstaltung gar nicht möglich wäre.

Was wäre dieser Kongress ohne Aussteller: Für die Fachausstellung und die Ausrichtung der Fachforen konnten wir wiederum 40 Aussteller gewinnen. Ich freue mich sehr, dass Sie Ihre Produkte, Ihr Wissen und Ihre Erfahrungen für uns präsentieren. An Sie alle geht mein herzlicher Dank für Ihr Engagement zum erfolgreichen Verlauf dieser Veranstaltung.

Referenten, Moderatoren, Sponsoren, Aussteller – sie alle wären nichts ohne ein interessiertes Publikum.

Herzlich willkommen, meine Damen und Herren. Wir freuen uns, Sie als unsere Gäste so zahlreich begrüßen zu können, denn eine gute und erfolgreiche Veranstaltung lebt insbesondere von ihren fachkundigen und interessierten Teilnehmern. Als Kenner der Materie finden Sie hier im CCL eine hervorragende Plattform, um sich vor Ort über sinnvolle und zukunfts-trächtige Kooperationsmöglichkeiten in den Bereichen der öffentlichen Verwaltung auszutauschen, Diskussionen anzuregen und neue Impulse zu setzen.

Dass wir unser Programm ständig erweitern und für Sie „am Ball bleiben“, mag die Entwicklung in der Anzahl unserer Fachforen verdeutlichen. Hat-ten wir im Jahr 2000 lediglich 4 Fachforen neben den Plenumsvorträgen zur Auswahl, so präsentieren wir Ihnen mittlerweile 40 zeitversetzte Fachforen mit in der Praxis bewährten IT - Anwendungen.

Wie auch in den vergangenen drei Jahren bieten wir Ihnen Freeware-Workshops an. Die Berufsakademie Gera präsentiert Ihnen hier frei verfügbare Software von Behörden für Behörden. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen und Dankeschön.

Wer bereits gestern angereist ist, hat vielleicht an den neu hinzugekommenen Tutorials teilgenommen. Diese Kompaktseminare bieten am Vortag des Kongresses einen Einblick in eGovernment-relevante Themen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

mit unserem diesjährigen greift der Kongress wichtige Entwicklungen im Bereich eGovernment auf. Er versteht sich damit als thematische Fortführung der Vorjahreskongresse.

In einer zunehmend vernetzten Welt müssen Verwaltungen länderübergreifend miteinander kommunizieren und Abläufe koordinieren. Wer hier den Anschluss verliert, wird mit politischen und wirtschaftlichen Folgen rechnen müssen.

Viele wertvolle Schritte sind getan worden. Weitere Investitionen in Mensch und Technik sind aber unverzichtbar, wenn das Unternehmen digitale Verwaltung ein langfristiger Erfolg werden soll.

Dass es ein Erfolg werden muss, daran besteht kein Zweifel. Dazu zwingen uns auch internationale Verflechtungen.

Umso wichtiger wird es für uns sein, Europa immer mehr als elektronischen Kommunikationsraum im Internet zu begreifen. Gerade im Jahr der deutschen EU-Präsidentschaft sollten wir die Herausforderungen, die uns die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Integration für elektronische Behördendienste bringen, verstärkt angehen.

Ich bin überzeugt, dass es uns durch ein integriertes und bedarfsorientiertes eGovernment gelingen kann, zahlreiche in der Praxis für den Aufbau eines Binnenmarktes bestehende Hürden aus dem Weg zu räumen.

Die Zersplitterung des Marktes, hoher Zeitaufwand, räumliche Distanz, das Fehlen von Information über die richtige Ansprechstelle lassen sich bei grenzüberschreitender Interoperabilität minimieren, vielleicht sogar vollständig beseitigen. Dies betrifft den grenzüberschreitenden Handel zwischen privaten Wirtschaftsteilnehmern wie auch europaweit zugängliche Behördendienste. Meiner Ansicht nach ist der bedarfsgerechte Einsatz von IT ein wichtiger Motor für die Vollendung des Binnenmarktes.

Die Politik ist hier nicht untätig – im Gegenteil. Um dem Ziel europaweit zugänglicher elektronischer Behördendienste näher zu kommen, hat die Europäische Kommission in wichtigen Feldern des Binnenmarktes bereits heute entscheidende Initiativen ergriffen.

Ohne Herrn Professor Schliesky vorzugreifen: Neben den vergaberechtlichen Richtlinien, die die elektronische Auftragsvergabe regulieren, enthält die kürzlich verabschiedete Dienstleistungsrichtlinie Regelungen zu elektronischen Verfahren. Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie mit der Zielvorgabe, einen einheitlichen Binnenmarkt für Dienstleistungen zu schaffen, wird für eGovernment entscheidende Impulse bringen.

Bis dahin ist es noch weiter Weg, müssen doch eine ganze Reihe rechtlicher, organisatorischer und technische Maßnahmen ergriffen werden.

Auch wenn die Dienstleistungsrichtlinie ausdrücklich erklärt, dass die nationale Zuständigkeitsordnung der Mitgliedstaaten unberührt bleibt, werden die Anforderungen nicht zu erfüllen sein, wenn man das deutsche Verwaltungssystem völlig unverändert lässt. Hier muss sich etwas ändern.

Denn: Die Kernelemente der Dienstleistungsrichtlinie „Verwaltungsvereinfachung“, „Niederlassungsfreiheit“ und „Verwaltungszusammenarbeit“ weisen dem Thema eGovernment hierbei eine besondere Bedeutung zu.

Die Forderung nach elektronischer Abwicklung aller Verfahren und Formalitäten zur Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungen, nach einem einheitlichen Ansprechpartner für dienstleistungsbezogene Genehmigungen sowie das Recht auf Information durch eine einheitliche Anlaufstelle bedingen umfangreichen Datenaustausch über nationale und internationale Grenzen hinweg.

Die Bestimmungen betreffen alle wirtschaftsrelevanten Genehmigungsverfahren. Ausschlaggebend ist, dass Aufnahme und Ausübung der Dienstleistungstätigkeit aus einer Hand und in einem Verfahren ausgeführt werden können.

So kann nach Ablauf der Umsetzungsfrist der Richtlinie Ende 2009 ein Architekt aus Litauen, der sich z.B. in Deutschland niederlassen möchte, die erforderlichen Verfahren auf elektronischem Wege bereits in Litauen problemlos durchführen.

Für die Mitgliedsstaaten bedeutet die fristgemäße Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie daher eine große Herausforderung. Für die Schaffung des nationalen und eines europäischen Kommunikationsraums ist es daher unerlässlich, offene Fragen der Interoperabilität hinreichend zu lösen. Nur so können Behörden und Wirtschaftsunternehmen medienbruchfrei miteinander agieren. Eine in diesem Sinne integrierte Verwaltung kann man guten Gewissens als Herkulesaufgabe bezeichnen.

Meine Damen und Herren,

wir alle partizipieren an der Online-Gesellschaft. Es geht für uns mittlerweile nicht mehr darum, uns in der digitalen Welt zurecht zu finden, sondern wir müssen sie gezielt zu nutzen und zu gestalten wissen.

Die öffentliche Verwaltung ist von dieser Entwicklung nicht ausgenommen – im Gegenteil, um kostengünstig, leistungsstark, kundenorientiert und unkompliziert agieren zu können, unternimmt der Public Sector gewaltige Anstrengungen.

Im Umfeld wirtschaftlicher wie gesellschaftspolitischer Veränderungen bewegt sich eGovernment dabei an der Schnittstelle zwischen Bürger oder Unternehmen auf der einen und Verwaltung auf der anderen Seite.

In Deutschland sind dabei die Fundamente für die IT-gestützte Verwaltungsmodernisierung zweifellos gelegt. Für Bürger, Verwaltung und Wirtschaft ist der Staat immer besser über das Netz zu erreichen.

Rund sechs Jahre ist es her, dass der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder mit der Initiative BundOnline 2005 für die deutschen Behörden den Startschuss zum Aufbruch in das Internet gab.

Seitdem ist vieles geschehen: Das ursprüngliche Ziel, etwa 380 Dienstleistungen des Bundes bis 2005 online verfügbar zu machen, wurde übertroffen. Insgesamt stehen über 440 Anwendungen zur Verfügung, die von Bürgern, Verwaltung und Unternehmen genutzt werden können.

Für die Bürger und die Wirtschaft liegen allerdings die relevanten Kontakte mit der Verwaltung im Hoheitsbereich der Länder und Kommunen. Die Bundesländer haben einheitliche eGovernment-Plattformen für alle elektronischen Angebote der Landesverwaltungen aufgebaut, einige Bundesländer intensivieren die Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene.

Trotz aller Bemühungen: die Transformation zu einer vernetzten Verwaltung über alle Ebenen hinweg ist noch nicht gelungen. Es gibt zwar eine Reihe erfolgreicher Anwendungen, aber es fehlt immer noch an einer umfassenden Durchdringung.

Viel politischer Mut ist hier gefragt, die vorhandenen Ansätze in der Fläche umzusetzen.

Die Qualität von eGovernment hat sich indes zwischenzeitlich grundlegend geändert: Ging es Ende der 90 er Jahre in der so genannten ersten Generation zunächst nur um das Bereitstellen von Information im Netz, so kamen in der zweiten Generation elektronische Kommunikation und Transaktionen hinzu: z.B. durch die Bereitstellung von Formularen im Netz, durch Beteiligungsmöglichkeiten über Portale oder die Möglichkeit elektronisch verfügbarer Interaktions- und Transaktionsangebote.

Für die kommende dritte Generation ist nun gefordert, die bisher bekannten Innovationen und Einzelleistungen zu integrierten und konsolidierten Gesamtkonzepten zusammenzufügen.

In Ergänzung der Initiative D 21 geht es dabei weniger um einen "höheren Level" der Nutzung elektronischer Medien, sondern um intelligente Zusammenführungen auf verschiedenen Ebenen. Dies gilt nicht nur für die nationale Ebene, sondern für den paneuropäischen Kommunikationsraum.

Mit ihrer Strategie „eGovernment 2.0“ setzt die Bundesregierung hier neue Akzente und will bis 2010 noch mehr bedarfsorientierte Dienstleistungen im Internet einstellen.

Durch elektronisch integrierte Geschäftsprozesse zwischen Wirtschaft und Verwaltung soll eine neue Qualität der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Behörden am Wirtschaftsstandort Deutschland geschaffen werden.

Kennzeichnend für die dritte Generation ist auch, dass neue internetgestützte Beteiligungsformen wie ePartizipation größeres Gewicht erhalten.

Für die geplante sichere Kommunikation im Internet sind die Ziele hoch gesteckt.

Im eGovernment-Programm des Bundes ist vorgesehen, staatlich zertifizierte Bürger-Portale einzurichten, die Bürgerinnen und Bürgern von einem geschützten und sicheren elektronischen Kommunikationsraum im Internet nutzen können. So erhalten die Nutzer im Netz einen Ort, von dem aus sie einfach, sicher und nicht-anonym kommunizieren können. Mit Hilfe ihrer elektronischen Meldeadresse können die Bürger sich im Bürger-Portal gegenüber Dritten eindeutig authentisieren.

Das ist eine wichtige Maßnahme, die bei den von der EU geforderten grenzüberschreitenden Behördendienstleistungen unbedingt gewährleistet sein muss.

Die Frage bleibt indes, ob dieser Prozess nur positive Auswirkungen haben wird oder ob vielleicht eine nachteilige Entwicklung entstehen könnte, indem die Persönlichkeitsrechte des Bürgers in Frage gestellt werden.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Realisierung der großen Reform-Baustellen „Identifizierung“ und „Kommunikation“ schwierige Vorhaben sein werden.

In diesem Zusammenhang liegt mir ein damit zusammenhängendes Problem am Herzen, dessen Lösung nicht auf die lange Bank geschoben werden darf. Ich spreche von der Internet-Sicherheit. Nie zuvor war die Kommunikation über das Netz gefährdeter als heute. Spam-Mails werden massenweise versandt, Cyber-Attacken nehmen zu. Tatsache ist, dass vielerorts noch einfach und kostengünstig anwendbare Absicherungs- und Identifizierungsverfahren fehlen oder keine entsprechende Akzeptanz beim Nutzer finden.

eGovernment kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn die Sicherheit in offenen Systemen gewährleistet ist. Da müssen wir alle an einem Strang ziehen. Nicht umsonst hat der Bundesinnenminister unlängst zu einer europäischen IT-Sicherheitskonferenz im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft eingeladen.

Woran liegt es nun, dass Deutschland trotz gewaltiger Anstrengungen beim eGovernment in Europa einen Rang im hinteren Mittelfeld belegt?

Liegt es auch am föderalistisch aufgebauten System in unserem Land, in dem ähnlich wie die Kulturhoheit einzelne Verwaltungsdienstleistungen wie auch das eGovernment der Aufsicht einzelner Bundesländer unterliegen?

Dass es möglich ist, in einem nicht zentral organisierten Land eine wirksame eGovernment-Strategie zu implementieren, macht uns unser Nachbarland Österreich vor.

Während laut einer von der Beratungsgesellschaft Capgemini veröffentlichten Vergleichstudie in Deutschland knapp 50 % der staatlichen Dienstleistungen über das Netz verfügbar sind und Deutschland so einen Rang im hinteren Mittelfeld belegt, steht Österreich auf Platz zwei des Rankings. Dort muss ein Bürger nur noch in 17% der Fälle „aufs Amt gehen“, um Verwaltungsaufgaben erledigen zu können. Da müssen wir mehr tun, wollen wir vorne mitmischen.

Eines darf man dabei nicht aus den Augen verlieren – und da bin ich der gleichen Ansicht wie Bundesinnenminister Schäuble: Die frist- und ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie mit ihrer Forderung nach grenzüberschreitenden elektronischen Services wird die öffentliche Verwaltung vor gewaltige Anstrengungen stellen. Sie wird vielmehr in unserem Land ein erhebliches „Umbauprogramm aller Ebenen (*Zitat von Wolfgang Schäuble*) der öffentlichen Verwaltung“ in unserem föderalen System nötig machen.

Denn klar ist: Nicht nur der interne Datenaustausch zwischen den Ländern muss verbessert werden. Standardanliegen wie die KFZ-Anmeldung müssen in allen Bundesländern gleich funktionieren.

Um die angestrebten Effekte zu erzielen, ist eGovernment mehr als andere staatliche Reformprojekte auf die Akzeptanz seiner Nutzer durch Bürger, Wirtschaft und Verwaltung angewiesen. Die meisten aktuellen eGovernment-Strategien bleiben jedoch oftmals noch einer technik- und verwaltungsgetriebenen Reform verhaftet.

Durch Technik allein lässt sich eine Verwaltungsreform nicht weiter entwickeln. Jetzt, wo viele Dienste online sind, sollten wir, wie das Institute of Electronic Business festhält - von der technikorientierten Verwaltungsreform zu einer eher nutzerorientierten Verwaltungsreform übergehen. (*Quelle: Studie des Institute of Electronic Business: eGovernment 2006 - Von der technikgetriebenen zur nutzergetriebenen Verwaltungsreform.*)

Internationale Vergleiche zeigen, dass Länder wie etwa Schweden, in denen die Strategie direkt an den Bedürfnissen der Nutzer ausgerichtet ist, vorn liegen.

Weiterhin wird eGovernment in denjenigen Ländern oft genutzt, in denen eGovernment von der Regierung als wichtiges Thema kommuniziert wird und die Akzeptanz der Nutzer durch entsprechende Kampagnen erhöht wurde. Also: Noch mehr als bisher muss eGovernment zur Chefsache gemacht werden.

Es wird darauf ankommen, einen Gesamtprozess aufzubauen und alle Beteiligten einzubinden. Darin sehe ich große Chancen: sowohl für die Verwaltung als auch für Wirtschaft und Bürger als Kunden der Verwaltung und damit letztendlich für den Standort Europa. Nur wenn alle Verwaltungsebenen umfassend integriert sind, können alle Beteiligten in vollem Umfang profitieren.

Bevor ich nun endgültig das Wort an Herrn Innenminister Bouffier übergebe, möchte ich Sie nach einem interessanten Kongresstag ganz herzlich zu unserer Abendveranstaltung in der Glaskuppelhalle des CCL einladen. Dort erwartet Sie ein attraktives Abendprogramm mit Christoph Brüske als Entertainer, mit Musik der Chris Genteman Group und kulinarischen Leckerbissen.

Dank zahlreicher Gewinnspenden konnten wir wie in den Vorjahren wieder eine Tombola mit reizvollen Preisen organisieren. Greifen Sie kräftig zu bei den Losen – hier gibt es nur Gewinner, denn das eingenommene Geld kommt ausschließlich der Deutschen KinderKrebshilfe zu Gute. Schirmherrin der Tombola ist die Präsidentin der Deutschen Krebshilfe e.V., Frau Professor Dagmar Schipanski, die Sie herzlich begrüßen wird.

Ihnen, sehr verehrte Anwesende, wünsche ich nun für die kommenden zwei Tage bereichernde Vorträge, gute Gespräche und weiterführende Ideen für Ihren Alltag.

Der achte Kongress „Neue Verwaltung“ ist hiermit eröffnet. Ich übergebe nun das Wort an Herrn Bouffier.